

Funktionen im bürgerlichen Staat übernommen; in ihre Reihen waren verstärkt kleinbürgerliche Kräfte gekommen. Nach Abschluß des *Versailler Vertrages* trat die SPD für eine Erfüllungspolitik ein. Auf dem Parteitag in Görlitz (Sept. 1921) nahm die SPD ein neues Programm an, das wesentliche marxistische Grundsätze des Erfurter Programms preisgab und die Partei auf die Theorie und Politik des „dritten Weges“ festlegte, womit der Sieg des Opportunismus in der Sozialdemokratie programmatisch verankert wurde. Mit 290 gegen 67 Stimmen wurde außerdem eine Resolution angenommen, die der Führung der Partei auch eine Regierungskoalition mit der großkapitalistischen Deutschen Volkspartei ermöglichen sollte. Dieses Stimmenverhältnis zeugt vom Widerstand gegen die arbeiterfeindliche Koalitionspolitik innerhalb der SPD. Die Opposition verstärkte sich 1923; ganze Organisationen, vor allem in Sachsen und Thüringen, forderten die Einheitsfront der Arbeiterklasse auf der Grundlage der Vorschläge der KPD (*-> Aktions-einheit*). Der Parteiführung gelang es auch nach der Niederlage der Arbeiterklasse im Herbst 1923 nicht, diese Opposition zu unterdrücken. In den Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus unterstützte die Führung der SPD die kapitalistische Rationalisierung und den Konzentrationsprozeß der Produktion und des Kapitals. Auf dem Heidelberger Parteitag (Sept. 1925) wurde ein neues Parteiprogramm beschlossen, das zwar einige wichtige Grundsätze des Erfurter Programms enthielt, insgesamt aber kleinbürgerlich-reformistischen Inhalt hatte. Auf dem Parteitag in Kiel (Mai 1927) wurde die Theorie vom „organi-

sierten Kapitalismus“ ausgearbeitet und die verstärkte staatsmonopolistische Entwicklung als „Demokratisierung der Wirtschaft“ ausgegeben, die direkt zum Sozialismus führe. Die Konsequenzen aus der reformistischen Konzeption auf militärpolitischem Gebiet wurden auf dem Magdeburger Parteitag (Mai 1929) gezogen. Die illusionäre These von der „Demokratisierung“ der *-> Reichswehr* zeigte, daß die reformistische Konzeption auch zur offenen Unterstützung des *-> Militarismus* führte. Die „Politik des kleineren Übels“ und des „Tolerierens“, die die Führung der SPD während der Weltwirtschaftskrise betrieb, ermöglichte es den Regierungen unter H. Brüning, F. v. Papen und K. v. Schleicher, den Faschisierungsprozeß (*-> Faschismus*) voranzutreiben und Voraussetzungen für den Übergang zur offenen, faschistischen Diktatur zu schaffen. Alle Einheitsfrontangebote der KPD zum Kampf gegen die wachsende faschistische Gefahr lehnte der Vorstand der SPD ab. Jedoch kämpften sozialdemokratische Mitglieder gemeinsam mit den Kommunisten in der Antifaschistischen Aktion. Am 4.10. 1931 bildeten oppositionelle Kräfte in der SPD die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), die nach einem Weg des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion suchte, aber glaubte, ihn zwischen der KPD und der SPD finden zu können. Sie blieb eine Splitterpartei. Auch nachdem das Finanzkapital die faschistische Diktatur errichtet hatte, lehnte die Führung der SPD jede Einheitsfront mit der KPD ab. Mit Zugeständnissen an die Faschisten glaubte sie ihre Legalität erhalten zu können. Am 17.5.1933 stimmten die noch im Reichstag vertretenen 65 Abgeordneten der